

Substanzielles Protokoll 2. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Mai 2014, 17.00 Uhr bis 19.03 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Helen Glaser (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Urs Fehr (SVP), Tamara Lauber (FDP), Albert Leiser (FDP), Rolf Müller (SVP),
Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Gian von Planta (GLP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/122](#) * Weisung vom 16.04.2014: FV
Finanzdepartement, Genehmigung von Geschäftsbericht und
Jahresrechnung 2013 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ)
3. [2014/123](#) * Weisung vom 16.04.2014: FV
Motion der SP-, Grüne-, GLP-, CVP und der AL-Fraktion
betreffend Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbau-
stiftungen und Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen
des Gemeinderats, Bericht und Abschreibung
4. [2014/95](#) * Motion von Fabienne Vocat (Grüne) vom 26.03.2014: PV
E Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungs-
massnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt
5. [2014/107](#) * Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst PV
E (Grüne) vom 02.04.2014:
Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte
mit einem Velostreifen
6. [2014/108](#) * Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst VTE
E (Grüne) vom 02.04.2014:
Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der
Hardbrücke
7. [2014/118](#) * Postulat von Pascal Lamprecht (SP) und Alan David Sangines PV
E (SP) vom 09.04.2014:
Markierung eines Fussgängerstreifens auf der Albisriederstrasse
auf der Höhe Lyrenweg/Im Kratz

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|--|-----|
| 8. | 2014/120 | *
E | Postulat von Guido Hüni (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 09.04.2014:
Überprüfung sowie allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die «sip züri» wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben | VS |
| 9. | 2014/111 | *
E | Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom 02.04.2014:
Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention an Schulgebäuden | VHB |
| 10. | 2014/126 | *
E | Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Christian Traber (CVP) vom 16.04.2014:
Areal des GZ Leimbach, Einrichtung einer öffentlichen Kinderkrippe | VS |
| 11. | 2012/125 | | Weisung vom 11.09.2013:
Einzelinitiative von Urs Frey vom 22. März 2012 betreffend SBB-Areal Tiefenbrunnen, Antrag auf Teilungültigkeitserklärung und Ablehnung | VHB |
| 12. | 2013/101 | A | Postulat von Margrit Haller (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 20.03.2013:
Verzicht auf die Durchführung der Manifesta 2016 | STP |
| 13. | 2013/396 | E/A | Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 13.11.2013:
Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats | STP |
| 14. | 2013/409 | A | Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 20.11.2013:
Sistierung der Vorbereitungsarbeiten für das 100-Jahr-Jubiläum des Dadaismus | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

45. **2014/109**
Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andrea Leitner Verhoeven (AL) vom 02.04.2014:
Erhalt des Literaturmuseums Strauhof

Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Es geht um die beiden Postulate zum Strauhof. Die Strauhof-Debatte findet seit Monaten statt und sollte nun auch im Gemeinderat geführt werden.

Der Rat wird über den Antrag am 21. Mai 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

46. **2014/110**
Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andrea Leitner Verhoeven (AL) vom 02.04.2014:
Realisierung des Projekts Junges Literaturlabor «JULL» unabhängig vom Literaturmuseum Strauhof

Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese (Wortmeldung siehe GR Nr. 2014/109, Beschluss-Nr. 45/2014).

Der Rat wird über den Antrag am 21. Mai 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e

47. **2014/122**
Weisung vom 16.04.2014:
Finanzdepartement, Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ)

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 12. Mai 2014 umstritten.

***Rebekka Wyler (SP)** stellt den Antrag auf Zuweisung an die RPK, mit Mitbericht durch die GPK: Die Zuständigkeit für die Prüfung von Geschäftsberichten und Jahresrechnungen von selbstständigen Stiftungen und Anstalten war in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) schon länger ein Thema, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Der Rechtskonsulent des Stadtrats kam in seiner Stellungnahme vom September 2013 zu diesem Thema zum Schluss, dass der Geschäftsbericht der AOZ künftig durch die GPK geprüft werden soll und die Rechnung durch die RPK. Zudem soll die Behandlung parallel auch im Gemeinderat erfolgen. Die Stellungnahme besagt auch, dass die Situation bei der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) mit der Situation bei der AOZ vergleichbar ist. Grundsätzlich gelten Art. 36 und Art. 37 der Gemeindeordnung. Diese besagen, dass die RPK die Rechnungen der Stadt und entsprechend auch diejenigen der Anstalten prüft und dass die GPK den Geschäftsbericht prüft.*

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 0 gegen 115 Stimmen ab.

Damit ist das Geschäft der RPK überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

48. 2014/123
Weisung vom 16.04.2014:
Motion der SP-, Grüne-, GLP-, CVP und der AL-Fraktion
betreffend Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen und
Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Gemeinderats, Bericht und
Abschreibung

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 12. Mai 2014 umstritten.

***Ezgi Akyol (AL)** stellt namens der AL-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die GPK: Die AL-Fraktion ist mit der Zuweisung des Geschäfts an die Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD) nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dass es sich nicht primär um eine wohnpolitische Vorlage handelt. Es geht um die Klärung von Strukturen und Zuständigkeiten, namentlich um die Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktion des Gemeinderats. Deshalb beantragen wir, dass das Geschäft der GPK zugewiesen wird, die sich üblicherweise mit Aufsichtsfragen auseinandersetzt.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 87 gegen 30 Stimmen zu.

Damit ist das Geschäft der SK FD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

49. 2014/95
Motion von Fabienne Vocat (Grüne) vom 26.03.2014:
Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die
Polizistinnen und Polizisten der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Marc Bourgeois (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

50. 2014/107
Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom
02.04.2014:
Verbesserung der Sicherheit zwischen Stauffacher und Sihlporte mit einem Velo-
streifen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marc Bourgeois (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

51. 2014/108
Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom
02.04.2014:
Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der Hardbrücke

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

52. 2014/118
Postulat von Pascal Lamprecht (SP) und Alan David Sangines (SP) vom
09.04.2014:
Markierung eines Fussgängerstreifens auf der Albisriederstrasse auf der Höhe
Lyrenweg/Im Kratz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

53. 2014/120
Postulat von Guido Hüni (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 09.04.2014:
Überprüfung sowie allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die
«sip züri» wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

54. 2014/111
Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom
02.04.2014:
Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention an Schul-
gebäuden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens

des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**55. 2014/126
Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Christian Traber (CVP) vom 16.04.2014:
Areal des GZ Leimbach, Einrichtung einer öffentlichen Kinderkrippe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**56. 2012/125
Weisung vom 11.09.2013:
Einzelinitiative von Urs Frey vom 22. März 2012 betreffend SBB-Areal Tiefenbrunnen, Antrag auf Teilungültigkeitserklärung und Ablehnung**

Antrag des Stadtrats

1. Folgender Teil der Einzelinitiative des Stimmberechtigten Urs Frey vom 22. März 2012 betreffend SBB-Areal Tiefenbrunnen ist ungültig (gestrichen = ungültiger Teil):
Im Gebiet SBB-Areal Tiefenbrunnen muss mit dem Gestaltungsplan sichergestellt werden, dass die Nutzung des gesamten Areals abgestimmt auf die Bedürfnisse der Benutzer des öffentlichen Verkehrs ~~und in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung im Bereich Seopolizei / Kibag/Hafen Tiefenbrunnen~~ erfolgt, und dass die Überbauung der exponierten Lage entsprechend städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet wird.
2. Der gültige Teil des Initiativbegehrens wird abgelehnt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Gabriela Rothenfluh (SP): *In der Einzelinitiative wird verlangt, dass dem SBB-Areal Tiefenbrunnen eine Gestaltungspflicht auferlegt wird. Das Areal soll auf die Bedürfnisse der Benutzenden des öffentlichen Verkehrs abgestimmt werden. Die Nutzung des Areals soll zusammen mit den benachbarten Gebieten geplant werden. Zudem soll die neue Überbauung städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet werden. Es handelt sich um ein Quartieranliegen. Der Stadtrat hat die Initiative geprüft: Die Wendeschleife von Tram und Bus könne nicht in eine Gestaltungsplanpflicht genommen werden, für eine Fussgängerunterführung unter den Gleisen hindurch sei dies allenfalls möglich. Den zweiten Punkt, der die gemeinsame Planung der Nutzung des Areals und der Nutzung der Seeseite betrifft, befand der Stadtrat für ungültig. Das SBB-Areal liege in einer Bauzone und die Planung müsste mit einem nicht in einer Bauzone liegenden Areal mit unbekannter Zukunft koordiniert werden. Die Eigentumseinschränkung wäre zu gross. Der Stadtrat stimmt zwar zu, dass es sich bei dem Gebiet um ein Eingangstor*

in die Stadt handle und man durchaus für gültig erklären könne, dass dieses städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet werden müsse. Er lehnt die Initiative aber insgesamt ab. Man könne nach Regelbauweise bauen und auch die Verkehrsanbindung könne gemäss den derzeitigen Planungsgrundlagen durchgeführt werden. Unseren Informationen zufolge ist für die Unterführung allerdings noch nichts geplant. Es liegt ein Plan für die neue Verkehrsführung vor. In der Kommission kam aber grosse Skepsis auf, ob das wirklich funktioniere oder lediglich zu Mehrverkehr und nicht zu einem Gewinn für das Quartier führe. Durch das Urteil des Baurekursgerichts waren die SBB zu einer Überarbeitung des Projekts gezwungen. Aus diesem Grund hat sich in der Kommission dann eine Mehrheit für den Rückweisungsantrag gebildet.

Kommissionsmehrheit-/minderheit Rückweisungsantrag:

Mario Mariani (CVP): *Die Mehrheit der Kommission beantragt, die Weisung an den Stadtrat zurückzuweisen. Es mag sein, dass ein Teil der Initiative rechtlich nicht haltbar ist. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat dies dank der Rückweisung korrigieren könnte, indem er nur noch den rechtlich haltbaren Teil bringt. Mit dem ablehnenden Beschluss des Baurekursgerichts liegt eine neue Ausgangslage vor. Die Vorgaben für die Gestaltungsplanpflicht sind klar gegeben: Bei der Nutzung des Areals für die ÖV-Benutzer bestehen konkrete Mängel. Der Zugang zum Areal ist unter anderem nicht behindertengerecht. Ein weiterer Punkt ist die exponierte Lage. Es handelt sich um ein wichtiges Tor zur Stadt. Hier besteht klar ein öffentliches Interesse. Wir beantragen, dass der Stadtrat eine neue Vorlage erarbeitet.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Auch die Minderheit ist der Meinung, dass sich an einem bedeutenden Ort wie dem Bahnhof Tiefenbrunnen grössere Planungen unter Berücksichtigung verschiedener Nutzungsbegehren entwickeln sollten. Wir gewichten jedoch die Rechtmässigkeit höher. Der Bauherr ist bereit, ein Projekt nach Regelbauweise zu bauen. Er hält sich mit seinem Bauvorhaben genau an die Spielregeln der BZO. Wenn er nun aufgefordert wird, zusätzlich noch einen Gestaltungsplan zu erfüllen, kann das Einschränkungen auf sein Eigentum mit sich bringen. Dem grössten Teil der Grundforderungen der Einzelinitiative fehlt die rechtliche Grundlage, insbesondere bei der Koordination mit einem allfälligen Projekt am See und bei der ÖV-Erschliessung. Die Initiative wurde eingereicht, nachdem bereits ein Bauprojekt ausgearbeitet und bewilligt worden war. Das ist problematisch. Die Rückweisung schliesslich kam erst in der Folge des Entscheids des Baurekursgerichts zustande. Der Entscheid aber beanstandet das Bauprojekt nicht bezüglich der Erschliessung und der Baureife des gesamten Areals, sondern nur hinsichtlich Attikageschoss und Ausnützung. Er erachtet die geltende Zonenvorschrift somit nicht als revisionsbedürftig. Eine Gestaltungsplanpflicht drängt sich darum nicht auf.*

Weitere Wortmeldungen:

Gabriele Kisker (Grüne): *Die ablehnende Haltung des Stadtrats erstaunt mich. Die Initiative fordert nichts anderes als das, was die Stadt auf diesem Gebiet schon lange geplant hat. Unter anderem wird das Gebiet als besonders wichtig in der räumlichen Entwicklungsstrategie betrachtet. Der Masterplan Marina geht im Detail auf den Verkehr und die Erschliessungsmöglichkeiten ein. Da legt der Stadtrat offenbar grossen Wert auf eine Gesamtplanung des Gebiets. Das Quartier soll durch eine zusätzliche Unterführung mit dem See verbunden werden. Gefordert wird auch eine städtebaulich gute Gesamtlösung. Bei der Planung zum Masterplan Marina waren übrigens alle Grundbesitzer dieses Gebiets mitbeteiligt und stimmten den formulierten Leitplanken zu. Ich verstehe nicht, weshalb dies alles nicht mehr beachtet werden soll. Mit einer Rückweisung könnte die Stadt ihre städtebaulichen Anliegen nochmals angehen und*

eine adäquate Lösung für das Gebiet finden.

Michael Baumer (FDP): Es handelt sich um einen städtebaulich wichtigen Ort. Das ist unbestritten. Der Stadtrat hat uns seine Argumente klar dargelegt. Es scheint aber, dass die Stimmung so ist, dass der Bau überhaupt verhindert werden soll. Es stellt sich die Frage, ob sich die Stadt noch als Rechtsstaat sehen möchte, oder ob jeder, der ein Projekt einreicht, damit rechnen muss, dass jemand etwas dagegen hat und eine Initiative einreicht. Ursprünglich ging es um eine Teilungsgültigkeitserklärung und Ablehnung. Nun zeichnet sich eine Rückweisung ab. Doch indem man die gleichen Fragen nochmals klärt, erreicht man nicht mehr als das, was bereits in der Weisung steht. Es wurde klar dargelegt, dass die SBB im Rekursfall die einfacheren Karten hätten, weil sie über ein baureifes Projekt verfügen. Wenn sie die Baubewilligung erhalten, ist es sinnlos, weiterhin eine Gestaltungsplanpflicht zu fordern.

Gabriela Rothenfluh (SP): Der SP geht es nicht darum, in erster Linie das Bauprojekt zu verhindern. Wir wollten die Gestaltungsplanpflicht schon einführen, bevor der Rückweisungsantrag auf dem Tisch war. Die Planung an diesem Tor zur Stadt nützt der ganzen Stadt. Die Verwaltung hat es verpasst, einheitlich zu planen. Das ist nicht das erste Mal. Es wird ein Gebäude aufgestellt, aber man verpasst es, gleichzeitig die Umgebung zu planen: Eine behindertengerechte Fussgängerunterführung, eine sinnvolle Verkehrssituation, eine Erschliessung des Sees. Es existieren Leitbilder und ein Masterplan. Diese beinhalten viele Punkte, die nun nicht erfüllt werden. Deshalb werden wir dem Rückweisungsantrag zustimmen.

Thomas Schwendener (SVP): Wir unterstützen den Rückweisungsantrag nicht. Es wird nach Regelbauweise gebaut. Wir wollen die Option nicht fördern, dass in Zukunft eventuell sogar privat Gestaltungspläne gemacht werden müssen.

Joe A. Manser (SP): Im Quartierverein wurde das Thema schon früher diskutiert. Aus der Perspektive des Quartiers halten wir eine Rückweisung für richtig. Rechtlich ist inzwischen in der Angelegenheit noch einiges offen. Es ist gut möglich, dass die Baubewilligung nie rechtsgültig wird. Dadurch entsteht eine neue Situation. Man kann alles nochmals neu beurteilen. Es handelt sich um einen Ort an einer wichtigen Lage. Es wurden verschiedenste Studien durchgeführt. Alle beinhalteten stets die Verbindung zum öffentlichen Verkehr in der zukünftigen Entwicklung dieses Gebiets. Das Gebiet hat Potenzial und wird die Stadt aufwerten. Es ist eine verpasste Chance, dass man bisher noch keine Gesamtplanung vorgenommen hat.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Mit der Gestaltungsplanpflicht wird hier etwas verlangt, das bau- und planungsrechtlich nicht haltbar ist. Es müssten wesentliche Mängel in den Zonenvorschriften vorliegen, die mit einer Gestaltungsplanpflicht angegangen werden müssten, damit eine Eigentumsbeschränkung gerechtfertigt wäre. Im aktuellen Fall mit dem Baurekursgericht hat sich klar herausgestellt, dass die geltenden Zonenvorschriften nicht revisionsbedürftig sind. Das Gebiet kann überbaut werden, ohne dass zusätzliche planerische Massnahmen zur funktionierenden Erschliessung nötig wären. Beim oft erwähnten Masterplan Marina geht es im Übrigen um andere Zonen, wir haben Strassenräume, die die Parzelle klar überschreiten. Der Rückweisungsantrag verlangt vom Stadtrat eine Vorlage, die wir auch vom Kanton vorprüfen lassen müssten. Das wiederum würde weitere Schritte nach sich ziehen und mit grosser Sicherheit zu einer langen Prozessgeschichte und einer Verzögerung des Bauprozesses führen. Das kann man nicht zulassen. Der Gemeinderat trägt die Verantwortung, dass der rechtliche Rahmen eingehalten wird.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

- über das Gebiet eine Gestaltungsplanpflicht festzusetzen und den gemäss Art. 4 BZO erforderlichen Ergänzungsplan anzupassen (Gestaltungsplanpflicht über die Parzellen Kat.-Nr. RI5374 und Teile von)
- sowie die Vorlage öffentlich aufzulegen und dem Kanton zur Vorprüfung einzureichen.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Mehrheit:	Präsident Mario Mariani (CVP), Referent; Vizepräsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Duri Beer (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Alecs Recher (AL), Eva-Maria Würth (SP)
Minderheit:	Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Michael Baumer (FDP), Thomas Schwendener (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Ruggero Tomezzoli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 52 Stimmen zu.

Die Schlussabstimmungen entfallen.

Damit ist beschlossen:

Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

- über das Gebiet eine Gestaltungsplanpflicht festzusetzen und den gemäss Art. 4 BZO erforderlichen Ergänzungsplan anzupassen (Gestaltungsplanpflicht über die Parzellen Kat.-Nr. RI5374 und Teile von)
- sowie die Vorlage öffentlich aufzulegen und dem Kanton zur Vorprüfung einzureichen.

Mitteilung an den Stadtrat

**57. 2013/101
Postulat von Margrit Haller (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 20.03.2013:
Verzicht auf die Durchführung der Manifesta 2016**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Thomas Monn (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3755/2013): 2016 findet in Zürich die europäische Kunstbiennale Manifesta statt. Die Manifesta soll eine Plattform für neue Experimente, neue Kunst sowie neue Formen der Vermittlung sein. Von der Stadt werden 2 Millionen Franken Steuergelder verlangt, vom Kanton 1,5 Millionen Franken und vom Bund 500 000 Franken. Die restlichen 20 % werden durch Sponsoring finanziert. In den letzten drei Jahren stieg das Kulturbudget der Stadt von 127 Millionen Franken um über 10 Millionen Franken an. Im Hinblick auf das kommende Budgetdefizit müssen die Kulturindustrie und der Ausbau der Kulturausgaben gestoppt werden. Es ist nicht zu verantworten, dass der Steuerzahler

eine kleine Gruppe von Kulturschaffenden mit immer höheren Beiträgen subventioniert. Wir fordern, dass die Kultur künftig eine höhere Eigenwirtschaftlichkeit aufweist und verlangen, dass auf die Durchführung der Manifesta verzichtet wird.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch (SP): *Es ist eine grosse Ehre, dass Zürich Austragungsort der Manifesta sein darf. Wir erwarten uns dadurch einen starken Motivationsschub für die Kulturstadt Zürich. Manifesta steht für hohe Qualität, kuratorische Freiheit und Mut zum Experiment. Die Diskussion über die Wirkung von Kunst auf die Gesellschaft wird angeregt, es werden aber auch historische, soziale und wissenschaftliche Fragestellungen miteinbezogen. Grosse Wert wird auch auf den Einbezug der Bevölkerung in Vermittlungsangebote gelegt. Die Manifesta bietet eine grosse Chance, dass unsere Stadt von aussen gespiegelt wird und wir dadurch neue Erkenntnisse gewinnen. Die Manifesta wird breit unterstützt. Es haben auch bereits diverse Workshops mit Kunstinstitutionen und Kunstvermittlern stattgefunden. Ich freue mich auf eine kritische und anregende Biennale.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich zweifle daran, dass es eine kritische Manifesta werden wird. Bezüglich der Finanzen schliesse ich mich meinem Vorredner an. Die SVP kann der Manifesta aber auch aus einem anderen Grund keinesfalls zustimmen, denn unter anderem wird der Fäkalünstler Thomas Hirschhorn vor Ort sein, der vor einiger Zeit mit einer widerwärtigen Kunstaktion gegen Christoph Blocher auf sich aufmerksam machte. So etwas können wir nicht unterstützen.*

Min Li Marti (SP): *Das Hauptargument im Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) scheint zu sein, dass Thomas Hirschhorn einen Auftritt haben wird, der vor langer Zeit eine Kunstaktion gegen Christoph Blocher durchführte. Meiner Meinung nach sollte die SVP auch Kritik zulassen können. Wir halten die Manifesta für eine spannende und lohnende Veranstaltung. 2016 soll mit dem Dadaismus-Jubiläum und der Manifesta ein interessantes Kulturjahr werden. Wir lehnen das Postulat ab.*

Isabel Garcia (GLP): *Die Manifesta ist eine international ausstrahlende, weltweit bekannte Kulturveranstaltung. Zürich kann nur profitieren, wenn die Veranstaltung hier stattfindet. Zudem laufen die Vorbereitungen zu diesem Event bereits. Ein Teil des Geldes ist bereits ausgegeben. Es ist alles aufgegleist. Das Postulat ist Zwängerei.*

Christina Hug (Grüne): *Wir Grünen freuen uns auf die Durchführung der Manifesta in Zürich. Die Biennale orientiert sich weniger am elitären Kunstmarkt, sondern thematisiert vielmehr soziale und historische Fragen. Sie arbeitet mit jungen, noch wenig bekannten lokalen Künstlerinnen und Künstlern zusammen. Zudem legt sie einen starken Fokus auf den Austragungsort. Das wird für Zürich als Stadt mit einem reichen künstlerischen Erbe sicherlich sehr spannend. Wir lehnen das Postulat ab.*

Claudia Simon (FDP): *Die Vorbereitungen für die Manifesta sind schon weit fortgeschritten. Die FDP hat damals der Manifesta zugestimmt. Das finanzpolitische Argument der SVP ist zwar nachvollziehbar, wir sind aber nach wie vor der Meinung, dass die Manifesta im Jahr 2016 in Zürich stattfinden sollte und lehnen den Vorstoss ab.*

Ruth Ackermann (CVP): *Auch wir von der CVP lehnen das Postulat ab. Die Geschmäcker sind verschieden. Kunst ist etwas für das Gemüt und die Seele. Jeder soll diejenige Art von Kunst geniessen, die er für richtig hält. Die Manifesta ist eine tolle Veranstaltung.*

Wir möchten an dieser Stelle zudem vorschlagen, dass man die Manifesta mit dem Theaterspektakel kombiniert.

Roger Liebi (SVP): *Man hört immer wieder, dass Zürich schwierigen Zeiten entgegen geht und man auf allen Ebenen sparen müsste. Wir müssen auf das verzichten, was nicht wirklich notwendig ist. Das ist mein Grundverständnis vom Staat und den staatlichen Aufgaben. Bei der Kunst hört das Verständnis der anderen bürgerlichen Parteien offensichtlich auf. Die Stadt wirbt immer wieder mit der internationalen Ausstrahlung. Die Austragungsorte der Manifesta konnten nach der Veranstaltung allerdings keine grösseren Besucherströme verzeichnen. Die CVP sagt, jeder solle die Kunst geniessen können, die er für richtig hält. Das ist in Ordnung. Aber wer bis 2017 tatsächlich Einsparungen vornehmen will und das ernst meint, muss dort beginnen, wo es nicht dem Personal wehtut, sondern dort, wo man auf Veranstaltungen verzichten kann und Geld einsparen kann. Dass man schon Geld ausgegeben hat für ein Projekt, ist kein Grund.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich bin überzeugt, dass es keine faire Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte von Zürich geben wird. Wir Bürgerlichen und die ehemaligen Bürgerlichen werden unser Fett abbekommen. Die Linken nicht.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

58. 2013/396

**Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 13.11.2013:
Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Dubno (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4477/2013): *Der Stadtrat soll unserer Meinung nach künftig auf die Legislatorschwerpunkte verzichten. Zürich verfügt bereits über genügend Strategien. Als Beispiel wären etwa die «Strategien Zürich 2025» zu nennen. Die Themenliste reicht vom Aufbau des Wissens- und Forschungsplatzes bis hin zu guten Rahmenbedingungen für den Finanzplatz. Weiter gibt es auch das Programm Stadtverkehr 2025, verschiedene IT-Strategien und so weiter. Weitere Legislatorschwerpunkte sind nicht notwendig. Ein Verzicht würde kaum eine Einbusse für die Verwaltung oder den Stadtrat bedeuten. Auf Stufe Verwaltung wäre es eher ein Gewinn. Dort hört man ab und zu, dass die Legislatorschwerpunkte teilweise eher als Beschäftigungsprogramm oder Marketingprogramm für Wiederwahlen dienen würden. Die Legislatorschwerpunkte bringen zudem auch Kosten mit sich.*

Karin Rykart Sutter (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 27. November 2013 gestellten Ablehnungsantrag: *Der Stadtrat setzt Schwerpunkte und legt Aufgaben fest. Es ist wichtig, dass wir darüber Bescheid wissen. Ein grosses Unternehmen sollte sich Ziele setzen, an denen man es messen kann. Man kann sich fragen, ob die Schwerpunkte der letzten Jahre richtig gesetzt wurden und tatsächlich den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerungen entsprechen. Im letzten November wurde Rechenschaft über die Legislatorschwerpunkte abgelegt. Die Resonanz war nicht sehr gross. Der Gesamtstadtrat soll klar kommunizieren, wohin sich die Stadt in den nächsten vier Jahren bewegt. Legislatorschwerpunkte unter einem finanziellen Aspekt*

zu betrachten, halte ich für falsch. Wir lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch (SP): Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu prüfen. Ich stimme meinen Vorrednern in vielen Punkten zu. Es ist aber nicht so, dass die Legislaturschwerpunkte nichts gebracht hätten. Als wichtige Beispiele wären die Themen Wohnen, Frühförderung oder die gemeinsame Gestaltung von Stadt und Quartieren zu nennen. Die Frage, in welche Richtung sich der Stadtrat bewegt, ist wichtig und muss beantwortet werden. Doch die Schwerpunkte sind nicht als Regierungsprogramm zu betrachten. Es geht darum, dass der Stadtrat gemeinsam Prioritäten und Schwerpunkte setzt. Es ist uns gelungen, damit Impulse zu geben. Am Anfang einer Legislatur ist es besonders wichtig, im neu zusammengesetzten Stadtrat Prioritäten für einen befristeten Zeithorizont zu setzen. Der Stadtrat ist bereit, die bisherige Form unter finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen. Die finanziellen Überlegungen sind auch für uns ein wichtiger Punkt. Der Stadtrat wird aber geeignete strategische Instrumente benötigen.

Min Li Marti (SP): Samuel Dubno (GLP) hat eine Reihe von Teilprojekten aufgelistet. Diese haben mit Legislaturschwerpunkten relativ wenig zu tun. Es ist ein Unterschied, ob ein Führungsgremium strategische Ziele formuliert, diskutiert und kommuniziert, oder ob eine Abteilung oder ein Departement zu einem einzelnen politischen Projekt ein Konzept vorlegt. Es ist wichtig und sinnvoll, dass der Stadtrat Legislaturschwerpunkte festlegt. Man sollte aber prüfen, in welcher Form diese formuliert und umgesetzt werden sollen. Wir werden das Postulat unterstützen.

Severin Pflüger (FDP): Die FDP betrachtet die Legislaturziele kritisch. Unserer Meinung nach stellen sie teilweise Marketinginstrumente dar. Ein wirklicher Mehrwert ist nicht erkennbar. Doch wir wollen einen Stadtrat, eine Exekutive, die sich gemeinsame Ziele setzt. Als Gemeinderat sollten wir die Legislaturschwerpunkte aber auch aufnehmen und diskutieren. Wir sollten hinterfragen, ob die Messlatte für den Stadtrat hoch genug gesetzt ist. Dann machen die Legislaturschwerpunkte und auch die Ausgaben Sinn. Wir lehnen das Postulat ab. Wir möchten, dass der Stadtrat unser Anliegen aufnimmt und sich überlegt, wie hoch die Messlatte sein soll und wie er die Legislaturschwerpunkte künftig gestalten möchte.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir schliessen uns dem Votum von Samuel Dubno (GLP) an. Es handelt sich bei den Legislaturschwerpunkten vor allem um PR für die Wiederwahl von Stadträten. Wir sind dagegen, dass diese PR mit Steuergeldern finanziert wird.

Walter Angst (AL): Auch wir sind der Meinung, dass sich der Stadtrat Ziele setzen sollte. Dass die Diskussion gross im Gemeinderat geführt werden soll, halten wir aber für übertrieben. Der Stadtrat muss die Schwerpunkte nicht nur nach aussen kommunizieren, sondern auch gegen innen umsetzen. Unser Standpunkt: Legislaturschwerpunkte Ja, Geld Nein. Wenn der Stadtrat nicht in der Lage ist, sich als 9-köpfiges Gremium auf einzelne Ziele festzulegen, wird man das nicht schaffen, indem man 1 Million Franken pro Jahr für Aufträge an Dritte und für Kommunikationsmassnahmen einsetzt und anschliessend ein Produkt hat, bei dem an verschiedenen Orten die gleichen Aufgaben ausgeführt werden. Die gemeinsame Zielfindung des Stadtrats soll aus bestehenden Mitteln in den entsprechenden Organisationseinheiten ausgearbeitet werden.

Ruth Ackermann (CVP): *Wir unterstützen das Postulat. Wir finden es zwar richtig, dass Schwerpunkte und Ziele gesetzt werden. Einsparungen bezüglich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sollten aber möglich sein.*

Das Postulat wird mit 83 gegen 33 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

59. **2013/409**

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 20.11.2013:
Sistierung der Vorbereitungsarbeiten für das 100-Jahr-Jubiläum des Dadaismus**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4493/2013): *Im Jahr 2016 soll in Zürich das 100-Jahr-Jubiläum des Dadaismus gefeiert werden. Wir verlangen, dass sich die Stadt aus der Führung der Vorbereitungen zurückzieht. Die Stadt will nicht den wahren Dadaismus zeigen, sondern eine Dada-Fälschung. Ein kleiner Rückblick: 2002 wurde das ehemalige Cabaret Voltaire von jungen, anarchistischen Leuten besetzt, die den Geist von Dada zurück in die Stadt holen wollten. 2004 wurde das Cabaret Voltaire neu eröffnet. Die Direktoren erzeugten innert kurzer Zeit viel Aufsehen und Widerstand mit radikalen Dada-Projekten, bis der eine Direktor entlassen wurde. Der Ur-Dada ist anarchistisch, destruktiv, verachtend. Heute haben wir nur noch Pseudo-Dada, wie etwa die zahnlose Dada-Ausstellung von letztem Jahr. Wir fragen uns, wie viel hier auch vom Stadtpräsidium quersubventioniert wird. Der Dadaismus soll so präsentiert werden, dass die Massen angezogen werden. Man will internationale Ausstrahlung. Kürzlich wurde sogar ein Buch über das Leben von 165 Dadaistinnen und Dadaisten herausgegeben. Einige davon waren gar keine, darunter Freud, Jung, Einstein oder gar Lenin. Man kümmert sich überhaupt nicht um Fakten. Die Stadt sollte sich mit Edelmut und Anstand zurückziehen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch (SP): *Die Weisung zum Dada-Jubiläum wurde im Gemeinderat mit 95 zu 24 Stimmen verabschiedet. Dada hatte als Kunstbewegung von Zürich aus eine weltweite Ausstrahlung. Nicht alle stimmten der Bewegung zu. Sie stiess auf negative Reaktionen, auf Unverständnis. Reaktionen und Aussagen wie diejenige von Dr. Daniel Regli (SVP) halten Dada am Leben. Es soll eine Auseinandersetzung aus verschiedenen Perspektiven stattfinden. Auch der Kanton und das Bundesamt für Kultur beteiligen sich am Jubiläum. Es ist ein Anlass von nationaler Bedeutung. Das Landesmuseum und das Kunsthaus planen Ausstellungen zum Thema, auch die Festspiele werden ihr Programm entsprechend gestalten. Auch wird ein Brückenschlag zum Tessin gemacht. Eine Arbeitsgruppe wird ein Projekt rund um den Monte Verità ausarbeiten. Das Cabaret Voltaire ist ebenfalls mit Ideen involviert. Der Verein zum Jubiläum ist ein unabhängiger Verein, der sich selber gebildet hat. Vieles ist bereits aufgegleist. Es wird ein vielfältiges kulturelles Programm geben, um das wichtige Kulturerbe unserer Stadt zu pflegen, zu feiern und weiterzuentwickeln.*

Weitere Wortmeldungen:

Christina Hug (Grüne): *Es ist nicht neu, dass die SVP kein grosses Herz für Dada hat. Dada stellt althergebrachte Normen in Frage, verweigert sich der Interpretation, ist fast*

schon der Inbegriff des Subversiven. Doch das muss den Gemeinderat und die Bevölkerung nicht gross beeindrucken. Ich teile die Meinung, dass dadaistische Provokation nicht staatlich verordnet oder gesteuert werden kann. Darum geht es 2016 aber nicht. Es geht darum, den 100. Geburtstag einer kunst- und sozialgeschichtlich wichtigen Bewegung zu feiern. Es ist eine spannende und aufsehenerregende Bewegung. Sie ist in Zürich entstanden, hat sich auf die ganze Welt verbreitet und wirkt bis heute nach. Das darf und soll angemessen gefeiert werden und darf auch etwas kosten.

Mark Richli (SP): *Ich schliesse mich dem Votum der Stadtpräsidentin an. Im Übrigen bin ich etwas überrascht, dass sich die SVP plötzlich darüber beklagt, dass Dada nicht aggressiv und destruktiv genug gezeigt wird. Das Jubiläumsfest sollte gefeiert werden, es ist alles bereits aufgelegt. Wir haben dem Fest im Rat zugestimmt.*

Niklaus Scherr (AL): *Wir werden uns in der Abstimmung enthalten. Es besteht eine steigende Tendenz, dass die Kulturpolitik zu einem Element des Standortwettbewerbs degradiert wird. Die Dada-Bewegung hatte einst einen sehr subversiven Charakter. Heute bewegen wir uns auf einen Punkt zu, wo sowohl das Cabaret Voltaire als auch das Jubiläum im Zeichen einer institutionellen Domestizierung stehen. Es gibt durchaus eine legitime Infragestellung der Institutionalisierung einer Bewegung, die einst der Schrecken des gesamten Bürgertums war. Mit unserer Enthaltung möchten wir an dieser Stelle auch Kritik an der Kulturpolitik der Präsidialabteilung äussern bezüglich der Schliessung des Literaturmuseums Strauhof. Gerade im Strauhof gibt es eine Kultur, die lebt, aber auch umstritten ist, weil sie von Technokraten in dieser Form nicht erwünscht ist.*

Claudia Simon (FDP): *Die FDP hat Weisungen für das Cabaret Voltaire stets abgelehnt. Wer sich über das Bürgertum lustig macht, muss auch kein Geld von ebendiesem erwarten. In der Zwischenzeit hat die Direktion im Cabaret Voltaire gewechselt. Es geht nun hauptsächlich um die Erhaltung der historischen Aspekte. Wir unterstützen die Vorbereitungen zum 100-Jahr-Jubiläum. Es geht hier nicht um das Cabaret Voltaire oder einen Beitrag für dieses, sondern um Geschichte und um das Entstehen des Dadaismus.*

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP lehnt das Postulat ebenfalls ab. Dada ist eine Zürcher Erfindung, die einzige Zürcher Erfindung im Kulturbereich. Darauf darf man stolz sein. Sie hat internationale Ausstrahlung. Vor diesem Hintergrund ist es für uns nur logisch, dass man ein 100-Jahr-Jubiläum feiert. Wir lehnen das Postulat aber auch ab, weil wir dem Jubiläum im Rat stets zugestimmt haben.*

Ruth Ackermann (CVP): *Wir lehnen das Postulat ebenfalls ab. Der Dadaismus wurde in Zürich geboren. Er ist weltweit bekannt und wir werden nun ein Jubiläum feiern. Wir müssen es feiern, denn der Dadaismus gehört zu Zürich. Es gibt verschiedene Kunstrichtungen, für die Geld ausgegeben wird. Das wird nie allen passen. Eine Diskussion erübrigt sich. Es sollen diejenigen mitfeiern, die Spass daran haben.*

Roger Liebi (SVP): *Samuel Dubno (GLP) hat sich im Januar noch dahingehend geäußert, dass man sich wieder mehr auf die experimentellen Dinge konzentrieren soll. Gemäss der Aussage von Isabel Garcia (GLP) findet es die GLP nun plötzlich gut, dass es sich beim Jubiläum eher um eine retrospektive Angelegenheit handelt. Gewisse Parteien sprechen sich jeweils dafür aus, Geld zu sparen, doch von ihnen haben wir heute nicht viel gehört. Wenn ihnen dieser Punkt wichtig wäre, würden sie das Geld nur für Wesentliches ausgeben. Ein Wort zur internationalen Ausstrahlung: Wenn die Firmen in Zürich davon profitieren wollen, sollen sie auch dafür bezahlen und nicht den*

Steuerzahler belasten. Ich persönlich mag diese Art von Kunst nicht besonders. Ich möchte nicht jede Kunst, die mir nicht zusagt, selber mitfinanzieren müssen. Das sollen hier die Privaten oder die Dadaisten übernehmen. Dann kann die Veranstaltung trotzdem durchgeführt werden.

Samuel Dubno (GLP): *Roger Liebi (SVP) hat mich aus einer früheren Gemeinderatssitzung zitiert. Als GLP haben wir alle Bestrebungen für das Jubiläum stets unterstützt. Meine Äusserungen fielen im Zusammenhang mit der Entlassung des Direktors des Cabaret Voltaire, Philipp Meier. In meinem Votum von damals habe ich mein Bedauern über die Entlassung ausgedrückt. Auch habe ich bedauert, dass uns der Stadtrat im Zusammenhang mit dem Cabaret Voltaire ein Dokumentieren und ein Experimentieren versprochen hat. Mit der Entlassung von Philipp Meier fiel der experimentelle Teil weg. Es zeigt auch auf, dass es schwierig ist, eine Kunstform weiterzuführen, die in einer anderen Zeit entstanden ist. Dass wir die Kunstform dokumentieren und mit einem Jubiläum feiern, halten wir für richtig. Ich sehe hier keinen Widerspruch.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Der Stadtrat hat in der Weisung 2012/278 selbst gesagt, dass von den eigentlichen Inhalten Dadas nur beschränkte Kenntnisse bestehen. Es gelte daher, Dada in seiner ganzen Bandbreite zur Geltung zu bringen. Das ist hier nicht erfüllt. Ich bin froh, dass es wenigstens die AL gesehen hat. Es stimmt, dass wir die Kunst heftig kritisiert haben. Doch es geht uns um den Umgang mit den historischen Fakten. Es ist unglaublich, dass man das einfach absegnet. Wir können hier nicht mitmachen.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

60. 2014/154 Beschlussantrag von Linda Bär (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 14.05.2014: Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Eröffnung der konstituierenden Ratssitzung des Gemeinderats durch das amtsälteste und das jüngste anwesende Mitglied

Von Linda Bär (SP) und Marcel Savarioud (SP) ist am 14. Mai 2014 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Art. 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist wie folgt zu ändern:

Das amtsälteste anwesende Mitglied und das jüngste anwesende Mitglied des Gemeinderats eröffnen gemeinsam die konstituierende Sitzung. Bei gleich langer Amtszeit mehrerer Mitglieder übernimmt das älteste von ihnen diese Aufgabe. Das Mitglied, das als zweites gesprochen hat, bezeichnet vorläufig zwei Sekretärinnen oder Sekretäre sowie vier Stimmzählerinnen oder Stimmzähler. Hierauf wählt der Rat seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Sobald der Vorsitz bestimmt ist, wählt der Rat die Mitglieder des Büros sowie drei Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre aus den Reihen der Ratsmitglieder.

Begründung:

Heute wird die konstituierende Sitzung des Gemeinderates vom amtsältesten anwesenden Ratsmitglied eröffnet. Die junge Generation, die in den Parlamenten und in der Politik untervertreten ist, wird bei einer

gemeinsamen Eröffnung der konstituierenden Sitzung eher angesprochen. Genausogut könnte das jüngste Mitglied die Sitzung eröffnen. Durch das amtsälteste Mitglied sind eine gewisse Erfahrung und die Vertretung der älteren Generation sichergestellt. Durch das jüngste Mitglied besteht die Chance, dass auch die untervertretene junge Generation angesprochen wird.

Mitteilung an den Stadtrat

**61. 2014/155
Postulat von Andreas Edelmann (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 14.05.2014:
Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr**

Von Andreas Edelmann (SP) und Rebekka Wyler (SP) ist am 14. Mai 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Erschliessung des Binz-Quartiers für Fuss- und Veloverkehr verbessert werden kann. Insbesondere sind weitere Zugänge sowie interne Querverbindungen selber zu planen und bei zukünftigen Bauprojekten zu verlangen.

Begründung:

In der Binz arbeiten mehrere Tausend Personen. Diverse Betriebe verursachen Publikumsverkehr und Warenumsschlag. Gleichzeitig ist die Verkehrserschliessung wenig effizient und führt für alle Verkehrsteilnehmenden zu Behinderungen. Die Mitarbeitenden erreichen ihre Arbeitsplätze mit Bus oder Üetlibergbahn via SZU-Station Binz, aber auch mit Privatfahrzeugen. Viele Personen aus den angrenzenden Quartieren pendeln aber auch zu Fuss oder mit dem Fahrrad in die Binz. Für diesen Fuss- oder Veloverkehr ist aber das Binz-Quartier zu wenig gut erschlossen, was grössere Umwege nötig macht. Mit einer besseren Erschliessung liesse sich eine Verlagerung auf Fuss- und Veloverkehr erreichen, welche zu Entlastung auf den beiden einzigen Einfallsachsen für alle Verkehrsteilnehmenden führen wird.

Die bestehenden Treppen von der Bachtobelstrasse, resp. vom Borrweg sind aktuell nicht für Radfahrende passierbar. Die Verbindung durch das ehemalige Basislager ist durch das aktuelle Bauvorhaben versperrt. Der Agnes-Robmann-Weg entlang der Bahnlinie (vgl. Postulat Nr. 2008/78) ist aktuell mit einem Fahrverbot belegt; Kreuzungen zwischen Fussgängern und Radfahrenden sind schlecht möglich. Die Durchgängigkeit innerhalb des Binz-Quartiers ist nicht gewährleistet, bis auf die private Verbindung zwischen Gruben- und Binzstrasse.

Zu prüfen sind insbesondere folgende Möglichkeiten:

- Ergänzung der bestehenden Treppe von Untergraben resp. Bachtobelstrasse mit Rampe für das Schieben von Fahrrädern.
- Neue Erschliessung hangseitig via Borrweg resp. Arbenalstrasse (für Fussgänger und Velofahrende).
- Ergänzung der bestehenden Treppe vom Borrweg (Seite Tiergarten) mit Rampe für das Schieben von Fahrrädern.
- Mögliche Erschliessung durch aktuelles Baufeld Tic Tric Trac, mit Rampe.
- Offizielle Verbindung zwischen Grubenstrasse und Binzstrasse.
- Mehr Veloabstellplätze beim Bahnhof Binz.

Die Lösungen sind in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zu erarbeiten.

Bei zukünftigen Bauprojekten soll der Stadtrat bereits im Rahmen der Baubewilligung auf die verbesserte Erschliessung hinwirken.

Mitteilung an den Stadtrat

**62. 2014/156
Postulat von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 14.05.2014:
Fläche nordwestlich des Schulhauses Käferholz, Nutzung für ein Oberstufenschulhaus**

Von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) ist am 14. Mai 2014 folgendes

Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern die unbebaute Fläche nordwestlich des Schulhauses Käferholz bis 2020 für die Nutzung als Oberstufenschulhaus Käferholz zugeführt werden kann.

Begründung:

Bis 2020 erwartet man in Affoltern einen Anstieg der Oberstufenklassen von 6 bis 12 Klassen. Dieser Anstieg ist absehbar aufgrund der regen Bautätigkeit in Affoltern. Das Schulhaus Käferholz steht unter Denkmalschutz. Eine Aufstockung oder Verdichtung des bestehenden Schulhauses erscheint daher schwierig. Das Land daneben Richtung stadtauswärts gehört ebenfalls der Stadt und ist heute eine Wiese mit lichtigem Baumbestand. Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich plant dem Vernehmen nach dort eine Siedlung. Angesichts des ausgewiesenen Bedarfs an Oberstufenklassen und dem damit verbundenen Raumbedarf macht es wenig Sinn, dieses Grundstück einer kommunalen Wohnsiedlung zuzuführen.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

63. 2014/157

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 14.05.2014:

Mögliche Konzepte für eine bessere Verbindung der Quartiere nördlich und südlich des Bahnhofs Oerlikon mit dem öffentlichen Verkehr

Von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP) ist am 14. Mai 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Bahnhof Oerlikon ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt in Zürich Nord. Mit dem Aus- und Umbau des Bahnhof Oerlikons verliert er seinen Charakter als Trennung zwischen dem Gebiet nördlich und südlich des Bahnhofs. Was die Verkehrsbeziehungen jedoch dieser beider Regionen betrifft, so wird die Trennwirkung weiter bestehen. Die Busse 64, 75 und 80 bedienen den Norden und die Busse 61, 62 und 63 bedienen die Region südlich des Bahnhofs. Wer vom Norden des Bahnhofs in den Süden des Bahnhofs möchte, der muss im Bahnhof Oerlikon Nord aussteigen, die Unterführung nehmen und am Bahnhof Oerlikon Süd einen anderen Bus besteigen. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern Busverbindungen geschaffen werden können, die die Region Bahnhof Oerlikon Nord mit der Region Bahnhof Oerlikon Süd verbinden können. Denkbar wäre zum Beispiel, dass die Buslinie 64 vom Bahnhof Oerlikon Nord über den Bahnhof Oerlikon Ost um den Bahnhof herumgeführt wird und sich mit der Buslinie 63 vereinigt und die Buslinie 75 ebenfalls um den Bahnhof herumgeführt und mit der Buslinie 61 vereinigt wird. Damit würden die stark gewachsenen Regionen Neu-Oerlikon und Seebach mit dem Tramangebot der Haltestelle Bahnhof Oerlikon Ost verknüpft werden und sie hätten direkten Zugang zum Detailhandelszentrum rund um den Sternen Oerlikon. Des Weiteren könnte so auch ein erheblicher Teil des Freizeitverkehrs Richtung Hallenbad und Eisbahn Oerlikon sowie Radrennbahn vereinfacht werden. Auch der Zugang zum Verwaltungszentrum Dorflinde liesse sich so verbessern. In diesem Zusammenhang stellt sich den Anfragenden die folgenden Fragen:

1. Wurde bereits über ein solches Szenario nachgedacht und zu welchem Resultat führte dies?
2. Mit welchen Schwierigkeiten wäre bei der Umsetzung zu rechnen?
3. Bestehen alternative Szenarien, die Region nördlich und südlich des Bahnhof Oerlikons mit dem öffentlichen Verkehr miteinander zu verbinden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 64. 2014/116**
Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Bericht und Rechnung 2013

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «Bericht und Rechnung 2013», unter Beilage einer Zuschrift der Stiftung PWG von Anfang Mai 2014, zugestellt worden.

- 65. 2014/136**
SK PRD/SSD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Cordula Bieri (Grüne)
Heidi Egger (SP)
Nicolas Esseiva (SP)
Martin Götzl (SVP)
Christian Huser (FDP)
Rosa Maino (AL)
Markus Merki (GLP)
Severin Pflüger (FDP)
Dr. Daniel Regli (SVP)
Mark Richli (SP)
Hans Urs von Matt (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

- 66. 2014/137**
SK FD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Dr. Mario Babini (SVP)
Linda Bär (SP)
Urs Fehr (SVP)
Adrian Gautschi (GLP)
Markus Kunz (Grüne)
Tamara Lauber (FDP)
Martin Luchsinger (GLP)
Niklaus Scherr (AL)
Dr. Pawel Silberring (SP)
Dr. Esther Straub (SP)
Lisa Magdalena Willenegger (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

- 67. 2014/138**
SK PD/V, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Marianne Aubert (SP)
Marc Bourgeois (FDP)

Markus Hungerbühler (CVP)
Hans Jörg Käppeli (SP)
Thomas Kleger (FDP)
Markus Knauss (Grüne)
Alan David Sangines (SP)
Roland Scheck (SVP)
Christina Schiller (AL)
Guido Trevisan (GLP)
Mauro Tuena (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

68. 2014/139
SK TED/DIB, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Ruth Ackermann (CVP)
Andreas Edelmann (SP)
Guido Hüni (GLP)
Kurt Hüssy (SVP)
Alexander Jäger (FDP)
Andreas Kirstein (AL)
Marcel Müller (FDP)
Kyriakos Papageorgiou (SP)
Bernhard Piller (Grüne)
Michel Urben (SP)
Gian von Planta (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

69. 2014/140
SK GUD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Petek Altinay (SP)
Marcel Bührig (Grüne)
Eduard Guggenheim (AL)
Cäcilia Hänni-Etter (FDP)
Philipp Käser (GLP)
Joe A. Manser (SP)
Dr. Thomas Monn (SVP)
Thomas Osbahr (SVP)
Marcel Savarioud (SP)
Elisabeth Schoch (FDP)
Barbara Wiesmann (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

70. 2014/141
SK HBD/SE, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Michael Baumer (FDP)
Marco Denoth (SP)
Patrick Hadi Huber (SP)
Stephan Iten (SVP)
Gabriele Kisker (Grüne)
Andrea Leitner-Verhoeven (AL)
Mario Mariani (CVP)
Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Heinz F. Steger (FDP)
Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Stefan Urech (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

71. 2014/142
SK SD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Ezgi Akyol (AL)
Samuel Balsiger (SVP)
Markus Baumann (GLP)
Roberto Bertozzi (SVP)
Sven Oliver Dogwiler (SVP)
Andreas Egli (FDP)
Anjushka Früh (SP)
Michael Kraft (SP)
Pascal Lamprecht (SP)
Sylvie Fee Matter (SP)
Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

72. 2014/147
RedK, Erneuerungswahl der Mitglieder und des Präsidiums für die Amtsdauer 2014–2016

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Adrian Gautschi (GLP)
Eduard Guggenheim (AL)
Christina Hug (Grüne)
Min Li Marti (SP)
Dr. Daniel Regli (SVP)
Mark Richli (SP), Präsident
Claudia Simon (FDP)
Karin Weyermann (CVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

73. 2014/148
Brückenschlag Uri-Zürich, Erneuerungswahl für das Amtsjahr 2014/2015

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Roger Bartholdi (SVP)
Dorothea Frei (SP)

Eduard Guggenheim (AL)
Christina Hug (Grüne)
Albert Leiser (FDP)
Mario Mariani (CVP)
Kyriakos Papageorgiou (SP)
Matthias Wiesmann (GLP)

Mitteilung an die Gewählten

**74. 2014/149
Erneuerungswahl von 6 Stimmzählenden für das Amtsjahr 2014/2015**

Mit Beschluss vom 12. Mai 2014 wählte das Büro des Gemeinderats:

Ezgi Akyol (AL)
Martin Bürlimann (SVP)
Markus Hungerbühler (CVP)
Min Li Marti (SP)
Gian von Planta (GLP)
Claudia Simon (FDP)

Mitteilung an die Gewählten

**75. 2014/48
Schriftliche Anfrage von Min Li Marti (SP) und Florian Utz (SP) vom 05.02.2014:
Gewinnsteuerpflicht der beiden Grossbanken UBS und CS, Ausmass und Auswirkungen der Verlustvorträge aus dem Jahr 2008**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 402 vom 7. Mai 2014).

Nächste Sitzung: 21. Mai 2014, 17 Uhr.